



Rede

01. MAI KUNDGEBUNG

Christiane Benner, Zweite Vorsitzende

01. Mai 2022, Stuttgart

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich sehr, heute gemeinsam mit Euch unseren „Tag der Arbeit“ zu feiern! Und das endlich wieder in Präsenz.

Unser heutiges Motto lautet: „GeMAInsam Zukunft gestalten!“

Genau darum geht es! Wir wollen mitbestimmen, wie unsere Gesellschaft, wie unsere Arbeitswelt gestaltet wird.

Wir stehen für eine demokratische, für eine ökologische und für eine sozial gerechte Gesellschaft! Und mehr denn je stehen mehr wir für Frieden!

Unser zentraler Wert ist die Solidarität. Und unsere Solidarität ist international!

Sie gilt ganz besonders den Kolleginnen und Kollegen, deren Länder mit brutalen Kriegen überzogen werden – in Syrien, in der Ukraine und überall!

Deshalb verurteilen die DGB-Gewerkschaften den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine aufs Schärfste!

Wir fordern den sofortigen Rückzug der russischen Truppen. Wir fordern Frieden für die Ukraine!

Wir appellieren an Putin:

Beenden Sie diesen Krieg sofort! Lassen Sie endlich die Waffen schweigen!

Noch vor wenigen Monaten schien ein brutaler Angriffskrieg auf einen europäischen Nachbarstaat den meisten völlig undenkbar.

Der Krieg in der Ukraine fordert gerade uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter heraus. Was macht das mit unserem Grundsatz und unserer Haltung, uns für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung einzusetzen?

Wer Frieden will, muss auch Diplomatie betreiben!

Außer Frage steht gleichzeitig, dass jedes souveräne Land ein Recht auf Selbstverteidigung hat.

Bis dieser schreckliche Krieg beendet ist, stehen wir als Europäerinnen und Europäer deshalb in der Verantwortung, den Ukrainerinnen und Ukrainern zu helfen.

Wir sollten dazu beitragen, dass sie ihr Recht auf Selbstverteidigung auch wahrnehmen können. Die Unterstützung durch die Lieferung von Verteidigungswaffen ist daher vertretbar. Es geht auch um mehr als um Selbstverteidigung. Denn die Menschen in der Ukraine verteidigen auch unser demokratisches System und unseren Frieden in Europa.

Wir wollen und müssen zugleich alles tun, damit der Krieg schnellstmöglich beendet wird und sich nicht auch noch ausweitet!

Und deshalb lehnen wir entschieden ab, dass der Ukraine-Krieg als Anlass für eine neue Aufrüstungsspirale missbraucht wird!

Nun will der Bund zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit ein kreditfinanziertes Sondervermögen von bis zu 100 Milliarden Euro errichten.

Aber niemand hat bisher gesagt, was mit den 100 Milliarden finanziert werden soll!

Ja, wir brauchen eine Bundeswehr, die als Verteidigungsarmee funktioniert, ihren Auftrag nach dem Grundgesetz erfüllt und in diesem Sinne ertüchtigt wird.

Dafür braucht es eine dauerhaft gesicherte Finanzgrundlage – aber nicht mehr!

Die zusätzliche Verankerung eines Sondervermögens im Grundgesetz ist unnötig. Das lehnen Gewerkschaften ab! Ebenso entschieden lehnen wir das Zwei-Prozent-Ziel der NATO ab!

Wir sagen als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stattdessen klipp und klar: Die Finanzierung der militärischen Friedenssicherung darf die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates nicht einschränken!

Das Gleiche gilt für dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft!

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit – gegen Krieg! Das ist und bleibt unsere gewerkschaftliche Position!

Und das heißt auch, dass wir alle Geflüchteten aus der Ukraine ganz praktisch unterstützen!

Und wisst ihr, was uns etwas stolz machen darf? Das Gewerkschaftsnetzwerk ist ein großes, Kolleginnen und Kollegen.

Wir helfen mit Sach- und Geldspenden, das Engagement von Betriebsrätinnen und Betriebsräten und durch ehrenamtliche Unterstützung. Wir bringen Flüchtlinge in unseren Bildungszentren unter. Viele Betriebe bieten Arbeitsplätze. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen haben Flüchtlinge privat bei sich aufgenommen.

Das ist praktische Solidarität. Das ist für uns selbstverständlich! Wir haben das bei Geflüchteten aus allen anderen Ländern genauso praktiziert – seit vielen Jahrzehnten! Da lassen wir keine Spaltung zu, wir machen keinen Unterschied nach Herkunft und Hautfarbe.

Unsere Gewerkschaftsbewegung ist vielfältig!

Die DGB-Gewerkschaften sind international! Stuttgart ist international! Und deshalb: Hoch die internationale Solidarität!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir werden die großen Herausforderungen der kommenden Jahre nur gemeinsam stemmen. *Damit komme ich zu meinem nächsten Thema, das mich als Gewerkschafterin wirklich umtreibt.*

Ihr lebt und arbeitet in einer Stadt, deren Geschichte seit über 100 Jahren durch das Automobil geprägt ist. In einer Stadt, die ihren wirtschaftlichen Erfolg auch engagierten Arbeitnehmern und Arbeitnehmern zu verdanken hat, die aus vielen Ländern nach Stuttgart gekommen sind, um beim Bosch oder beim Daimler zu schaffen. Menschen, die hier ihre Heimat gefunden haben. Kolleginnen und Kollegen, die sich in den Gewerkschaften organisiert und die Gewerkschaftsbewegung stark gemacht haben.

Hier in Stuttgart ist das Auto erfunden worden.

Der Reichtum dieser Stadt und viele Arbeitsplätze, oft seit Generationen, hängen an der Autoproduktion.

Die Antriebstechnologie wird jetzt Schritt für Schritt umgestellt vom Verbrenner auf das E-Auto.

Gerade hier weiß jede und jeder, wissen besonders unsere Betriebsräte und Vertrauensleute: So einfach geht das nicht!

So ein umfassender Wandel muss begleitet werden. Er kostet viel Geld – über eine

Billion Euro.

Und vor allem dürfen die Veränderungen nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen werden!

Die Beschäftigten müssen im Mittelpunkt dieser Veränderungen stehen!

Wir brauchen Qualifizierung, Fördermittel für regionale Strukturpolitik – damit Arbeit gut und sicher bleibt.

Und wir brauchen Ladesäulen, Windräder, Solarzellen, Energienetze und vieles mehr!

Und da können wir heute leider nur feststellen: Deutschlands hinkt gnadenlos hinterher!

Nur ein Beispiel: im Jahr 2018 gab es durchschnittlich eine Ladesäule für 17 Elektroautos.

Aktuell müssen sich schon 21 E-Autos eine Ladesäule teilen.

Es reicht ja nicht aus, E-Autos zu produzieren. Es wäre schon gut, wenn sie auch fahren würden!

Und wenn der Strom dafür grüner Strom wäre

Das darf so nicht weitergehen! Der Kampf gegen den Klimawandel muss gelingen!

Dafür brauchen wir weniger Presseerklärungen aus Berlin oder Brüssel, sondern mehr praktische Politik.

Wir brauchen nicht immer neue Ziele. Wir brauchen endlich mal Wege, wie wir diese Ziele auch erreichen! Kolleginnen und Kollegen, denn diese Veränderungen müssen sozial verträglich sein. Diese Veränderungen müssen bezahlbar sein. Die Menschen müssen mitgenommen werden und brauchen positive Perspektiven.

Die Arbeitgeber müssen ihnen positive Perspektiven geben, ihnen sagen, wo die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. Der Klimawandel ist eine Chance für neue Arbeit, für neue Produkte. Die Betriebsräte müssen hier mitbestimmen können. Deshalb brauchen wir Mitbestimmung bei strategischen Entscheidungen und bei Qualifizierung.

Wir brauchen konkrete Maßnahmen in den Regionen! Ganz besonders im Raum Stuttgart!

Hier leben die Menschen, hier arbeiten sie.

Ich räume ein: die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Reihe guter Maßnahmen angekündigt.

Aber jetzt muss sie auch liefern!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen wir zusätzlich weitere finanzielle Unterstützung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Menschen in diesem Land.

Ihr alle leidet unter den steigenden Preisen, vor allem für Energie und Lebensmittel.

Die Entlastungen der Bundesregierung sind natürlich sinnvoll, aber sie reichen nicht aus!

Die Bundesregierung muss nachbessern!

Die Beschäftigten brauchen schnell weitere spürbare Hilfen bei den Energiekosten!

Wir fordern, dass die Stromsteuer und die Mehrwertsteuer auf Strom und Gas befristet gesenkt werden!

Und wir fordern ein Ende der Spekulationen und Preistreiberei bei Energie, Rohstoffen und Lebensmitteln!

Die Achterbahnfahrt der Spritpreise ist doch nicht normal. Es darf doch nicht sein, dass Spekulanten Profit aus diesem fürchterlichen Krieg ziehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich werde immer wieder gefragt: Christiane, ist ja alles schön und gut, was ihr fordert.

Aber wo bitte soll denn das Geld dafür herkommen?

Darauf haben wir Antworten: Gerade in schwierigen Zeiten müssen starke Schultern mehr tragen!

Das ist doch die Grundregel der Solidarität!

Und meine zweite Antwort ist: Geld ist genug da! Es ist nur falsch verteilt!

Schaut Euch doch bitte mal die Fakten an:

Weniger Einkommen in der Corona-Krise? Klamme Geldbeutel wegen der Inflation?

Nicht bei den Millionären und Milliardenären!

Niemals ist das Vermögen in Deutschland so sehr gestiegen wie im Jahr 2021!

Nie hatte Deutschland so viele Milliardäre, 213 sind es aktuell – 24 mehr als vor einem Jahr.

Und alleine die Vermögen der Top 100 sind im Jahresvergleich um stolze 116 Milliarden auf jetzt 722 Milliarden Euro gestiegen.

Und wenn ich mir dann weitere internationale Beispiele ansehe, dann wird mir richtiggehend schwindlig!

In dieser Woche hat Elon Musk kurz mal einfach so das digitale Nachrichtenportal Twitter gekauft – für schlappe 44 Milliarden Euro! Das ist mehr Geld als die Bundesregierung gerade für die Entlastungsmaßnahmen beschlossen hat. Das waren 39,2 Milliarden.

Leute. Da läuft doch etwas ganz gewaltig aus dem Ruder!

Wir müssen erstens dafür sorgen, dass die Macht der digitalen Monopolisten endlich begrenzt wird!

Und zweitens darf es nicht sein, dass nur noch Superreiche bestimmen, wo es langgeht! Das hat dann auch mit Demokratie nicht mehr viel zu tun.

Wir müssen ihre Macht begrenzen - in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt!

Deshalb bin ich überzeugt: wir müssen als Gewerkschaften eine offensive Debatte über gerechte Verteilung führen!

Der DGB hat schon vor der Bundestagswahl ein richtiges Steuerkonzept vorgelegt:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten!

Die Vermögensteuer wieder einführen!

Und Kapitalerträge endlich genauso hoch besteuern wie ganz normale Einkommen!

Das wäre gerecht, Kolleginnen und Kollegen!

Damit jetzt hier kein schwäbischer Häuslebauer oder Häuslebauerin den Geldbeutel festhält, wenn ich so etwas fordere: Da gibt es natürlich Freibeträge!

Es geht nicht um Steuern für das eigene Haus oder die mühsam erarbeiteten Ersparnisse von Beschäftigten!

Es geht um die privaten Millionen- und Milliarden-Gewinne derjenigen, die allein rein rechnerisch gar nicht so lange und hart arbeiten könnten, um damit solch hohe Gewinne zu rechtfertigen.

Und es geht darum, die Beschäftigten fair an den wirtschaftlichen Erfolgen der Unternehmen zu beteiligen!

Ihr schafft die Werte mit Eurer Arbeit!

Wir haben sehr genau registriert, dass alleine die Dax-Unternehmen im vergangenen Jahr 90 Milliarden Euro Gewinn gemacht haben.

Auf einer Bilanzpressekonferenz nach der anderen verkünden die Unternehmen Rekordergebnisse und entkorken ihre Champagnerflaschen.

Wir fordern: Es muss ein erheblicher Anteil davon bei denen ankommen, die das erwirtschaftet haben!

Diese Gewinne werden in jedem Fall in alle Tarifforderungen einfließen, die wir in den kommenden Monaten beschließen! Aber der Inflationsausgleich kann nicht allein unsere Sache sein. Hier braucht es Unterstützung des Staates.

Unsere Metaller und Metallerinnen erwarten zurecht eine ordentliche Entgelterhöhung. Sie wollen ein Lohnplus, das tabellenwirksam wird. Und wisst ihr was? Wir geben unser Geld wenigstens aus und stärken damit die Konjunktur.

Und natürlich sind wir auch bereit, das durchzusetzen! Und wie immer wird die stolze Gewerkschaftsbewegung aus Stuttgart dabei in der ersten Reihe stehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin überzeugt: wenn wir erfolgreich „GeMAInsam die Zukunft gestalten“ wollen, brauchen wir in unserem Land wieder mehr Respekt vor der Arbeit.

Wir brauchen mehr Respekt für diejenigen, die mit harter Anstrengung unsere Gesellschaft tragen – ganz egal ob in der Produktion oder im Dienstleistungsbereich.

Da will ich auch ganz herzlich unsere Kolleginnen und Kollegen von ver.di aus den Sozial- und Erziehungsberufen grüßen!

Und ich will Euch gleichzeitig versichern: Die IG Metall steht in Eurer Tarifaueinandersetzung fest an Eurer Seite!

Soziale Arbeit hält die Gesellschaft zusammen und die Gesellschaft am Laufen.

Ihr betreut die Kleinen und die Alten, ihr kümmert euch um die Schwächeren und die Einsamen, ihr engagiert Euch überall da, wo Menschen Unterstützung brauchen.

Der Bedarf dafür wächst ständig. Nicht aber die Anerkennung und die Wertschätzung für diese wertvolle und wichtige Arbeit.

Deshalb ist klar, was Ihr benötigt:

Bessere Arbeitsbedingungen!

Mehr Fachkräfte!

Und ordentliche Bezahlung!

Selbst wenn sich erfreulicherweise immer mehr Männer für Sozial- und Erziehungsarbeit entscheiden, wird sie vor allem von Frauen getragen.

Deshalb ist Eure Tarifbewegung gleichzeitig ein wichtiger Kampf für mehr Gleichstellung!

Das unterstützen wir von der IG Metall auch ganz ausdrücklich.

Ein zentraler Baustein dafür sind mehr Geld und gute Arbeitsbedingungen bei Sozial- und Erziehungsberufen. Also: Auf geht's!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie solidarisch eine Gesellschaft ist, zeigt sich auch daran, wie sie mit ihren Jungen und ihren Älteren umgeht.

Die Situation der jungen Generation wird immer schwieriger.

Die Ausbildungsplatzzahlen waren schon vor der Corona-Krise auf einem niedrigen Niveau. Jetzt sind sie noch einmal um über 10 Prozent zurückgegangen!

Die Folgen sind verheerend. Bereits jetzt haben Millionen junge Menschen unter 35 Jahren in Deutschland keine Ausbildung!

Vier von fünf Unternehmen bilden nicht aus. Das sind oft auch noch dieselben, die laut den Fachkräftemangel beklagen.

Da hört unser Verständnis auf! Wer so handelt, sägt doch den Ast ab, auf dem er sitzt.

Unsere Forderung ist klar: Wir brauchen eine gesetzliche, eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie!

Das ist überfällig!

Wir fordern die Arbeitgeber auf: Bilden Sie aus!

Wir fordern die Bundesregierung auf: Schaffen Sie einen gesetzlichen Anspruch auf Ausbildung!

Schaffen sie eine echte Garantie für junge Menschen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn die offenen Stellen mit qualifizierten Fachkräften besetzt werden, dann können wir auch die Rente für die Älteren finanzieren.

Sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze – das ist auch die beste Garantie für eine gute gesetzliche Rente!

Stattdessen wird dort die Axt angelegt.

Das haben Menschen, die oft über 45 Jahre lang hart gearbeitet oder ihre Kinder großgezogen haben, nicht verdient!

Das Rentenplus wirkt auf den ersten Blick ganz ordentlich. Aber es liegt unter der Inflationsrate und steigt außerdem langsamer als eigentlich vorgesehen.

Ich habe es schon erwähnt: die Preise vor allem für Energie und Lebensmittel steigen erheblich! Da brauchen Rentnerinnen und Rentner jeden Cent!

Deshalb fordern wir: Nehmt die Rentenkürzung durch die Hintertür wieder zurück!
Gegen die Rente mit 67! Klare Absage an ein späteres Renteneintrittsalter!

Ein Leben in Würde im Alter – das muss unsere reiche Gesellschaft garantieren können!
Alles andere ist eine Schande!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor uns liegen große Aufgaben. Ich bin zuversichtlich, dass wir unsere „Zukunft
GeMAInsam gestalten“ können.

Lasst uns fest zusammenhalten. Lasst uns noch mehr Menschen motivieren, sich
unserer starken Gewerkschaftsfamilie anzuschließen!

Und lasst uns jetzt zusammen feiern!

Während einer noch andauernden Pandemie und vor dem Hintergrund eines brutalen
Krieges vielleicht noch etwas zurückhaltender, als wir das früher immer gemacht
haben.

Aber dafür endlich wieder von Angesicht zu Angesicht! Ich freue mich! Danke!